

Mehr Sicherheit durch weniger Privatsphäre?

In Kürze

- Neue Überwachungstechnologien ermöglichen immer tiefere Einblicke in das Leben eines jeden Einzelnen von uns.
- Sicherheitsmaßnahmen greifen mehr und mehr auf Überwachung zurück, mit dem Argument, dass ein Mehr an Sicherheit eben Eingriffe in Grundrechte erfordert.
- BürgerInnen sehen dies differenzierter: Der Einsatz von Überwachungstechnologien wird nicht per se abgelehnt, aber kritisch gesehen und sollte daher prinzipiell begrenzt, strikt reguliert und kontrolliert werden.
- Der Datenschutz sollte verbessert werden, auch bei Sicherheitstechnologien. Außerdem sollte Sicherheit eine öffentliche Aufgabe bleiben und die sozialen Wurzeln von Unsicherheit müssten bekämpft werden.

Worum geht es?

Einer permanenten Überwachung sind aus technischer Sicht kaum mehr Grenzen gesetzt. Bei der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien fällt, quasi automatisch, eine Vielzahl von Daten an. Dazu gehören etwa berufliche oder private Netzwerke, Informationen über Interessen, politische Einstellung und sexuelle Orientierung. Das alles ergibt sich aus Suchanfragen, besuchten Websites, aus Aktivitäten in sozialen Netzwerken oder aus Bewegungsprofilen, die bei der Nutzung von mobilen Technologien entstehen. Diese Daten sind nicht nur aus kommerzieller Sicht interessant, sie können auch für Sicherheitsbehörden aufschlussreich sein. Zusätzlich werden Überwachungstechnologien immer leistungsfähiger: Intelligente Videoüberwachungssysteme können etwa Personen erkennen oder deren Verhalten interpretieren. Drohnen machen Videoüberwachung mobil und können unbemerkt größere Gebiete überwachen oder einzelne Personen verfolgen.

Terrorismus ist ein Faktor, der die Entwicklung und den verstärkten Einsatz von Überwachungstechnologien gefördert hat. Zusätzlich sind aber auch gesellschaftliche und politische Entwicklungen sowie wirtschaftliche Interessen dafür verantwortlich, dass technische Möglichkeiten uneingeschränkt genutzt werden.

Die offensichtlichen Eingriffe in Grundrechte werden zum Teil bewusst in Kauf genommen. Außerdem wird Freigiebigkeit im Umgang mit persönlichen Daten in sozialen Netzwerken oft als grundsätzliches Einverständnis zu Verletzungen der Privatsphäre missinterpretiert. In Zeiten einer durch wirtschaftsliberale Konzepte geprägten Politik wird soziale Sicherheit oft weniger als prioritäres Ziel denn als potentielles Problem bei der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Das Streben nach Sicherheit konzentriert sich auf andere Bereiche, auch wenn damit tiefe Eingriffe in die Freiheit der Menschen verbunden sind. Das Sicherheitsforschungsprogramm der EU vermengt sicherheitsrelevante mit industriepolitischen Zielen und verstärkt damit eine Tendenz zu technischen Lösungen.



Nur eine Minderheit ist bereit, das Eindringen in die Privatsphäre als Preis für mehr Sicherheit zu akzeptieren.

Die Beziehung zwischen Sicherheit und Privatsphäre ist ein wesentliches Kriterium bei Entscheidungen über den Einsatz von Überwachungstechnologien. Gemeinhin wird davon ausgegangen, dass ein Mehr an Sicherheit notwendigerweise mit weniger Privatsphäre einhergeht. Aber ist diese Annahme wirklich berechtigt? Kann man Sicherheit auf Kosten der Privatsphäre erhöhen? Ist dies notwendigerweise so oder gibt es Alternativen, die nicht auf Überwachung basieren? Wie kann die Sicherheit langfristig erhalten und verbessert werden?

Im Projekt SurPRISE spielten bei der Beantwortung dieser Fragen BürgerInnen eine zentrale Rolle. Rund 2000 TeilnehmerInnen aus neun europäischen Ländern wurden zu Bürgerforen eingeladen. Anhand von konkreten Beispielen und auf Basis umfangreicher Informationen diskutierten sie Vor- und Nachteile bestimmter Technologien sowie allgemein über den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Privatsphäre. Sie stimmten individuell über Fragen dazu ab und entwickelten in Kleingruppen Empfehlungen an die Politik.

Eckdaten

Projekttitle:	SurPRISE – Surveillance, Privacy and Security
Projektteam:	Čas, J., Peissl, W., Krieger-Lamina, J., Strauß, S. in internationalem Konsortium koordiniert vom ITA
Laufzeit:	02/2012 – 01/2015
Auftraggeber:	EU FP7, Grant Agreement 285492

Wesentliche Ergebnisse

Die Ergebnisse variieren stark, sowohl zwischen den einzelnen Ländern, in denen die Foren abgehalten wurden, als auch zwischen den dabei unter die Lupe genommenen Technologien: intelligente Videoüberwachung, die Ortung von Smartphones und Deep Packet Inspection (DPI), eine Technologie, die den gesamten Internetverkehr überwachen kann und auch bei den bekannt gewordenen Spionageaktivitäten der NSA angewendet wird.

In Österreich gaben etwa vier von fünf TeilnehmerInnen an, in einem sicheren Land zu leben. Bei der Besorgnis, dass Überwachungstechnologien die Privatsphäre aushöhlen, liegt Spanien mit über 90 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Österreich und Deutschland; den bei weitem geringsten Anteil an besorgten BürgerInnen weist Ungarn mit knapp 40 Prozent auf.



BürgerInnen debattieren über Überwachungstechnologien

Über alle Länder und Technologien hinweg stimmen knapp zwei Drittel der beteiligten BürgerInnen der Aussage zu, dass Überwachungstechnologien die öffentliche Sicherheit verbessern. Gleichzeitig nehmen aber 70 Prozent an, dass diese Technologien, wenn sie verfügbar sind, wahrscheinlich auch missbraucht werden. Ein Drittel der TeilnehmerInnen bejaht das Argument, dass, wer nichts zu verbergen auch nichts zu befürchten habe. Aber selbst unter den BefürworterInnen dieser häufig genannten Rechtfertigung für Überwachungsmaßnahmen sind mehr als die Hälfte besorgt darüber, dass zu viele Informationen gesammelt werden, dass diese gegen sie selbst verwendet oder ohne ihre Zustimmung genutzt werden könnten.

Eine wesentliche Rolle für die Akzeptanz von Überwachungstechnologien spielt das Vertrauen in die Institutionen, die sie einsetzen. Die wahrgenommene Bedrohung hat aber, entgegen den Erwartungen, keinen Einfluss darauf. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Zielgerichtetheit von Überwachungsmaßnahmen: Massenüberwachung oder Überwachung ohne konkreten Verdacht ist nicht akzeptabel. Abgelehnt werden auch Technologien, welche ein hohes Missbrauchspotenzial haben oder bei denen computergestützte Systeme die Rolle von Menschen bei der Entscheidungsfindung übernehmen. Ebenfalls sehr kritisch gesehen werden der Einsatz von privaten Organisationen im Sicherheitsbereich und der Austausch von Daten zwischen dem öffentlichen Sektor und privaten Unternehmen.

Was tun?

In den Bürgerforen wurden rund 300 Empfehlungen an die Politik gerichtet, die vom SurPRISE-Projektteam und von externen ExpertInnen zu 16 Forderungen in vier Gruppen zusammengefasst wurden:

- **Verbesserung des Datenschutzes im Allgemeinen:** Dazu gehören eine Weiterentwicklung des Datenschutzrechtes, um den Herausforderungen des technischen Fortschritts gerecht zu werden, und eine entsprechende Ausstattung von Datenschutzbehörden, um die geltenden Regeln effektiv durchsetzen zu können. Dieser Schutz soll auch den Transfer von Daten außerhalb der EU umfassen; zu diesem Zweck sollten Institutionen geschaffen und gestärkt werden, die entsprechende Leitlinien entwickeln und deren Einhaltung kontrollieren.
- **Schutzmechanismen für den Einsatz von Überwachungstechnologien:** So soll sichergestellt werden, dass Einschränkungen von Grundrechten gesetzlich legitimiert, mit demokratischen Prinzipien kompatibel sowie begründbar, notwendig und verhältnismäßig in Bezug auf die Lösung drängender Sicherheitsprobleme sind. Das Sammeln und die Verarbeitung von Daten sollten grundsätzlich beschränkt sein und auf einem bestimmten Zweck bzw. konkreten Verdacht beruhen; Massenüberwachung wäre damit ausgeschlossen. Um Missbräuche zu vermeiden, sollten die Transparenz erhöht und klare Verantwortlichkeiten geschaffen werden.
- **Sicherheit sollte eine öffentliche Aufgabe bleiben:** Sofern die Einbeziehung von privaten Organisationen und Unternehmen unvermeidlich ist, sollten die Regeln zur Wahrung der Privatsphäre strikt angewendet werden. Zur Erhöhung der Transparenz sollten auch BürgerInnen in Entscheidungen über Überwachungsmaßnahmen eingebunden werden.
- **Ursachenbekämpfung:** Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von grundlegenden Ursachen von Kriminalität, Radikalisierung und Terrorismus sollten getroffen werden. So wird eine gerechtere Verteilung von Arbeit und Einkommen als wesentliche Voraussetzung für politische Stabilität und sozialen Zusammenhalt in Europa angesehen.

Zum Weiterlesen

SurPRISE Policy Brief (Februar 2015):

surprise-project.eu/wp-content/uploads/2015/03/policy_brief3.pdf

Kontakt

Johann Čas

E-mail: tamail@oeaw.ac.at

Telefon: +43(1)51581-6582

